



Detailansicht des Registereintrags

Uniper SE

Aktuell seit 22.12.2025 12:02:57

Europäische Aktiengesellschaft (SE)

Registernummer:	R001306
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	22.12.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Uniper SE Holzstraße 6 40221 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +49211732750 E-Mail-Adressen: info@uniper.energy Webseiten: www.uniper.energy
Hauptstadtrepräsentanz:	Taubenstraße 23 10117 Berlin Telefonnummer: +493020095090 E-Mail-Adresse: repraesentanz.berlin@uniper.energy
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Wirtschaftliche Tätigkeit	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2.330.001 bis 2.340.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

6,10

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Michael Lewis**

Funktion: Vorstandsvorsitzender

2. Dr. Jutta Dönges

Funktion: Chief Financial Officer

3. Holger Kreetz

Funktion: Chief Operating Officer

4. Dr. Carsten Poppinga

Funktion: Chief Commercial Officer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (17):**1. Kavita Ahluwalia****2. Dr. Christoph Schäfers****3. Peter Hohaus****4. Dr. Christian Buchbauer****5. Dirk Hachmann****6. Lars Pappert****7. Dr. Guido Pasternack****8. Dr. Achim Ufert****9. Jörn Higgen****10. Elisabeth Weisswange****11. Florian Fischer****12. Florian Dötterl****13. Philipp Ginsberg****14. Julia Grebe****15. Philipp Riedel****16. Michael Lewis**

17. Holger Kreetz

Mitgliedschaften (13):

1. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
2. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
3. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
4. Weltenergierrat Deutschland e.V.
5. EFET Deutschland - Verband Deutscher Energiehändler e.V.
6. Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany e.V.
7. Die Gas und Wasserstoffwirtschaft
8. econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.
9. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
10. Forum für Zukunftsenergien e.V.
11. Verband der deutschen Verbundwirtschaft e.V.
12. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
13. Initiative Energien Speichern e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Uniper bündelt seine Aktivitäten für die Interessenvertretung gegenüber den Organen, Mitgliedern, Fraktionen oder Gruppen des Deutschen Bundestages und für die Interessenvertretung gegenüber der Bundesregierung als Querschnittsaufgabe des Unternehmens im Ressort des Vorstandsvorsitzenden. Die Interessenvertretung (auch Stakeholder-Management) ist das kontinuierliche Management der Beziehungen zu den genannten Zielgruppen. Bei Uniper betreut diese Aufgabe der Interessenvertretung für Deutschland der Bereich Governmental Relations. Dieser stellt eine offene, schnelle, sachliche und konsistent zugeschnittene Kommunikation mit den genannten Zielgruppen zu allen relevanten Themen sicher. Zum Zwecke der Interessenvertretung der Uniper SE werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Ministerien geführt (z. B. Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) und mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themen in den für Uniper benannten Interessen- und Vorhabenbereichen, die für die unternehmerische Tätigkeit im Energiesektor

bedeutsam sind. Dabei geht es konkret z.B. um Themen wie die Verbesserung des Marktdesigns für Strom, Regelungen zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie sonstige Themen (s. die Auflistung konkreter Regelungsvorhaben) bzw. um Klimaschutz und die Energiewende insgesamt. Entsprechend erarbeitet und übermittelt Uniper auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben.

Konkrete Regelungsvorhaben (16)

1. Einführung von Regelungen zur Verbesserung des Marktdesigns für Strom.

Beschreibung:

Konkretisierung der bisherigen allgemeinen Vorgaben der Bundesregierung für eine Kraftwerksstrategie (Schaffung eines praktikablen Ausschreibungssystems für den Bau der zunächst initial vorgesehenen gesicherten Leistung von 10 GW Kraftwerkskapazität). Neben der Konkretisierung der Kraftwerksstrategie als erstem Schritt ist Ziel, mittelfristig einen umfassenden und technologieoffenen Kapazitätsmarkt einzuführen, um eine Lücke von 25 GW an steuerbaren Kraftwerkskapazitäten bis 2030 zu vermeiden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2409230010 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 30.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2412200168 (PDF - 93 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412200170 (PDF - 57 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. SG2506200065 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.03.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

5. SG2512220029 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

2. Einführung von Regelungen zur Verbesserung des Marktdesigns für Erdgas- und
Wasserstoffspeicher.

Beschreibung:

Verbesserungen von Regelungen z. B. im EnWG, um im aktuellen nicht geeigneten
Marktrahmen im dynamischen Marktumfeld der Energietransformation benötigte
Wasserstoff- und Erdgas-Speicherkapazitäten effizient und bedarfsgerecht bereitzustellen.
Einführung eines integrierten Contract-for-Differenz-Fördersystems, um einen effizienten
Übergang von Erdgas- zur Wasserstoffspeicherung zu ermöglichen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im
Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2409230015 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 10.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

2. SG2509300001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Versendet am 10.09.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Änderung des Gesetzes für den Ausbau Erneuerbarer Energien (EEG).

Beschreibung:

Ziel ist die Weiterentwicklung der Förderung von Erneuerbaren Energien, z. B. um Ausbauziele zu erreichen, die Erzeugung von grünem Wasserstoff zu unterstützen, den finanziellen Förderrahmen zu begrenzen und Innovationen bei den Erneuerbaren Energien und ihrer Integration in den Strommarkt zu fördern.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

4. Vorschläge zur Änderung des EnWG mit Fokus auf das Wasserstoffkernnetz und auch Wasserstoffspeicher.

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung des Gesetzgebungsvorschlags zu den Vorschriften des Wasserstoffkernnetzes, insbesondere zu den Vorgaben für seine Finanzierung. Diese sollten im Detail noch geändert werden (Senkung des Selbstbehalts der Netzbetreiber auf 15 %,

Übertragungsrecht der Fernleitungsnetzbetreiber bei Kündigung durch den Staat, Ausschluss der gemeinschaftlichen Haftung der Kernnetzbetreiber für Insolvenzfälle und langfristige Rechtssicherheit der Finanzierungsparameter). Der gesetzliche Rahmen muss auch die Umstellung von Erdgasspeichern bzw. die Umstellung auf Wasserstoffspeicher ermöglichen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10014 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2406190006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2506200067 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2506200068 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2506200069 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

5. Vorschläge zur Änderung des Entwurfs für ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz.

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung des Gesetzgebungsvorschlags z. B. mit Blick auf den Katalog an erfassten Vorhaben notwendiger Infrastrukturen zur Energieversorgung (z. B. Bau von Stromleitungen, Transformatoren und Umspannstationen sowie auch eine Erweiterung auf Wasserstoff-Kraftwerke. Ferner sollte der Gesetzentwurf neben verfahrensrechtlichen Regelungen auch materiell-rechtliche Erleichterungen vorsehen, die Verfahren beschleunigen (z. B. Aufnahme der Vorhaben in den Katalog der im Außenbereich privilegierten Vorhaben). Ferner sollten auch Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff im überragenden öffentlichen Interesse liegen und Genehmigungspflichten bei der Umwidmung von Erdgas- und Wasserstoffspeicher vereinfacht werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 265/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

6. Vorschläge zur nationalen Umsetzung der EU-Gas- und Wasserstoffrichtlinie.

Beschreibung:

Ziel ist eine sachgerechte und zügige Umsetzung der neuen EU-Vorgaben im nationalen Recht (EnWG), z. B., um eine Gestaltung angemessener Rahmenbedingungen für den Zugang zu Wasserstoffnetzen, Importterminals für Wasserstoff sowie Wasserstoffspeichern zu erreichen und damit insgesamt eine weitere Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406190007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. SG2512220044 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG
dorthin]

7. Anpassung des Genehmigungsrechts im BImSchG für Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien.

Beschreibung:

Ziel ist eine Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, um einen schnellen Ausbau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen zu erzielen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7502 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

8. Anpassung von Regelungen des nationalen Emissionshandelsrechts an neue EU-Vorgaben.

Beschreibung:

Ziel ist eine praxistaugliche Anpassung des geltenden Emissionsschutzrechts an EU-rechtliche Vorgaben, insbesondere die nationale Umsetzung der Novelle der EU-Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten.

Betroffenes geltendes Recht:

TEHG 2011 [alle RV hierzu]; BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

9. Vorschläge zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes.

Beschreibung:

Ziel ist eine praxistaugliche Anpassung des vorhandenen Gesetzes mit u.a. einer Öffnung für CO₂ Speicherung im Ausland, um den Hochlauf einer CO₂ Speicherwirtschaft zu beschleunigen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): [Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11900 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): [Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid Speicherungsgesetzes](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[KSpG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

10. Umsetzung der Eckpunkte der Bundesregierung für eine Carbon Management-Strategie.

Beschreibung:

Ziel ist das Schaffen eines Rahmens für eine Carbon Management-Strategie, die Grundlage zur Nutzung dieser Technologien und zum Transport und der Speicherung von CO₂ sein soll.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

11. Anpassung des Energiesicherungsgesetzes.

Beschreibung:

Ziel ist die Änderung zur Vorgabe von Dividendenzahlungen im Energiesicherungsgesetz. Uniper soll trotz der noch laufenden Maßnahmen staatlicher Stabilisierung mit derzeit nahezu ausschließlicher staatlicher Beteiligung (Bund hält 99,2% des Aktienkapitals)

möglichst bald wieder interessant für Investoren des Kapitalmarkts werden. Dies ist auch Ziel des Bundes, damit die Stabilisierungsmaßnahmen möglichst rasch beendet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnSiG 1975 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

12. **Vorschläge zur Änderung des Entwurfs zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2257.**

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung des KRITIS-Dachgesetzes, insbesondere mit Blick auf eine Verbesserung der Kooperation zwischen den Unternehmen, die kritische Energieinfrastrukturen betreiben, und den staatlichen Stellen. Dabei geht es auch um eine Klarstellung der jeweiligen Verantwortlichkeiten, mit Fokus auf die Vorgaben der staatlichen Unterstützung von Betreibern kritischer Infrastrukturen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 550/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13961 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Gesetz zur Umsetzung der CER-Richtlinie und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

13. **Anpassung der delegierten Verordnung (EU) 2023/1184 der Kommission vom 10. Februar 2023**

Beschreibung:

Ziel ist eine Anpassung des delegierten Rechtsakts (EU 2023/1184), damit eine Verlängerung der Strombezugskriterien bis 2035 mehr Zeit für ein gründliches Review ermöglicht, während der Rahmen für den Markthochlauf von Wasserstoff weiterhin gesetzt ist und beschleunigt werden kann.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

14. **Anpassung der EU-Methan-Verordnung 2024/1787 vom 13. Juni 2024**

Beschreibung:

Ziel ist eine Verbesserung der EU-Verordnung durch gezielte Anpassungen, z. B. das Inkrafttreten von Anforderungen an Importeure, insbesondere die MRV-Äquivalenz und die Verpflichtung zur Berichterstattung über die Methanintensität, damit die Anforderungen von Anfang an machbar sind und negative Auswirkungen auf den Markt bzw. die nötige Diversifizierung von Gasbezügen vermieden werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2506230005** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. **SG2509260006** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

3. SG2509260007 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

15. Änderung eines Kommissions-Vorschlags für einen delegierten Rechtsakt zu "low carbon hydrogen"

Beschreibung:

Ziel ist, den bislang zu eng gefassten Entwurf der EU-Kommission zu verbessern, damit der delegierte Rechtsakt, der den Begriff "kohlenstoffarmer Wasserstoff" der Richtlinie (EU) 2024 /1788 konkretisiert, beiträgt zu einem effektiven Hochlauf von Wasserstoff, was wichtig ist, um die EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung voranzubringen.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506230006 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2025 an:

Bundesregierung

Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

16. Verbesserung des Förderinstruments der Klimaschutzverträge zur Förderung dekarbonisierter Industrieanwendungen

Beschreibung:

Ziel ist, dass z. B. das Förderinstrument der Klimaschutzverträge auch für dekarbonisierten Ammoniak greift, um die chemische und die Düngemittelindustrie gezielt zu unterstützen.

Betroffenes geltendes Recht:

KSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2512220038](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2512220041](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **Projektträger Jülich (Projektträger für das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Jülich

Betrag: 100.001 bis 110.000 Euro

Förderung der TransHyDE-Projekte, bei denen der Transport von gasförmigem Wasserstoff in Pipelines und Hochdruckbehältern betrachtet wird und der Transport von flüssigem Wasserstoff sowie der Transport von in Ammoniak oder LOHC chemisch gebundenem Wasserstoff. Zudem prüft TransHyDE, ob und wie LNG-Terminals auf wasserstoffbasierte Energieträger umgerüstet werden können. Die Erkenntnisse münden in Handlungsempfehlungen für die nationale Wasserstoff-Infrastruktur.

2. **Projektträger Jülich (Projektträger für das BMWK)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt. Förderung des Teilvorhabens der Konzeptionierung und des Testbetriebs einer direktgekoppelten Grobelektrolyse.

3. Projektträger Jülich (Projektträger für das BMWK)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Jülich

Betrag: 6.030.001 bis 6.040.000 Euro

Reallabor Energiepark Bad Lauchstädt. Förderung des Teilvorhabens des erstmaligen Baus einer direktgekoppelten Grobelektrolyse.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[2025_02_25_GJ_2024_Uniper_Geschaeftsbericht.pdf](#)